

## **Antwort**

### **der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Karsten Hilse, Dr. Heiko Wildberg, Dr. Rainer Kraft, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD  
– Drucksache 19/20865 –**

### **Einfluss des Menschen bei klimatischen Veränderungen**

#### Vorbemerkung der Fragesteller

Aufgrund der von der Bundesregierung vorgetragenen, aber wissenschaftlich umstrittenen, jetzt schon erkennbaren, notstandsähnlichen Klimaauswirkungen (Plenarprotokoll, Seite 19428 [<https://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/19/19157.pdf>, <http://www.bmz.de/de/themen/klimaschutz/Klimarisikomanagement/index.html>]) wurden verschiedene Gesetze erlassen, deren Verfassungsmäßigkeit umstritten ist (Erneuerbare-Energien-Gesetz vom 21. Juli 2014, BGBl. I S. 1066, das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20. November 2019, BGBl. I S. 1719, geändert worden ist [[https://www.gesetze-im-internet.de/ee\\_g\\_2014/BJNR106610014.html](https://www.gesetze-im-internet.de/ee_g_2014/BJNR106610014.html), <https://www.manager-magazin.de/politik/meinungen/oekostrom-foerderung-haengt-von-politischen-kniffen-bei-eeg-ab-a-1044144.html>]; Brennstoffemissionshandelsgesetz vom 12. Dezember 2019, BGBl. I S. 2728 [<http://www.gesetze-im-internet.de/behg/>, [https://www.welt.de/print/die\\_welt/finanzen/article203486048/Gutachten-stufen-Klimapaket-als-verfassungswidrig-ein.html](https://www.welt.de/print/die_welt/finanzen/article203486048/Gutachten-stufen-Klimapaket-als-verfassungswidrig-ein.html)]). Dabei soll es nicht bleiben. Die Fragesteller haben den Eindruck, dass die Bundesregierung die Bürger dazu bringen will, unter anderem auf Flugreisen, auf Kreuzfahrten, auf das Autofahren oder auf fleischhaltige Ernährung zu verzichten oder all dies signifikant einzuschränken. Industriezweige von erheblicher volkswirtschaftlicher Bedeutung wie die Automobilherstellung, die Energiewirtschaft und die Landwirtschaft sollen radikal umgestaltet werden (Klimaschutzplan 2050 – Klimaschutzpolitische Grundsätze und Ziele der Bundesregierung vom 18. November 2016, Bundestagsdrucksache 18/10370, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/103/1810370.pdf>, <https://www.tichyseinblick.de/meinungen/klimaschutzplan-2050-spd-verbietet-bohnen/>). Die Fragesteller gehen davon aus, dass die Folgen in vielen Bereichen unumkehrbar sein werden, zumindest erscheinen sie unkalkulierbar.

Ausgehend von der Annahme, eine menschengemachte Klimaerwärmung sei erwiesen und menschliches Reaktionshandeln darauf geboten, muss nach Ansicht der Fragesteller – vernunftgeleitet – erörtert werden: Welche Folgen ergeben sich aus dieser Erkenntnis und mit welchen möglichen Maßnahmen kann einer schädlichen Klimaerwärmung mit Aussicht auf Erfolg entgegen gewirkt werden? Weiter muss nach Ansicht der Fragesteller abgewägt werden, ob die vorgeschlagenen Maßnahmen in der Summe mehr nutzen als schaden. Der einschneidende Umbau der wesentlichen Strukturen eines ganzen Landes kann nach Ansicht der Fragesteller nur insoweit gerechtfertigt sein, als alle

diese Fragenkomplexe eindeutig beantwortet sind. Alles andere verbietet sich nach Ansicht der Fragesteller schon aus ethisch-moralischen Gründen, denn zu viele Existenzen hängen daran. Gerade im Sinne des Vorsorgeprinzips dürfen funktionierende Strukturen nach Ansicht der Fragesteller nicht für Ungewisses geopfert werden.

Es gibt viele Klimafachveröffentlichungen und prominente Wissenschaftler, die die Hypothese vom gefährlichen menschengemachten Klimawandel ablehnen oder den menschlichen Beitrag als weniger entscheidend einstufen. Sie sind im Internet dokumentiert, wie der U.S. Senate Minority Report (<https://www.desmogblog.com/sites/beta.desmogblog.com/files/Inhofe%20Senate%20Minority%20Report.pdf>), die Eingabe an den damaligen US-Präsidenten Barack Obama ([https://www.cato.org/sites/cato.org/files/pubs/pdf/climatead\\_c\\_hicagotrib\\_rev.pdf](https://www.cato.org/sites/cato.org/files/pubs/pdf/climatead_c_hicagotrib_rev.pdf)), der Offene Brief an UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon (<https://business.financialpost.com/opinion/open-climate-letter-to-un-secretary-general-current-scientific-knowledge-does-not-substantiate-ban-ki-moon-assertions-on-weather-and-climate-say-125-scientists>), die Petition an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika Donald Trump (<https://fusion4freedom.com/pdfs/lindzenletter.pdf>) oder die jüngst erfolgte Eingabe im Namen von 500 Wissenschaftlern an den UN-Generalsekretär António Guterres (<https://clintel.nl/wp-content/uploads/2019/09/ED-brochureversieNWA4.pdf>).

1. Sind der Bundesregierung der U.S. Senate Minority Report, die Eingabe an den damaligen US-Präsidenten Barack Obama, der Offene Brief an UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon, die Petition an den US-Präsidenten Donald Trump oder die jüngst erfolgte Eingabe im Namen von 500 Wissenschaftlern an den UN-Generalsekretär Antonio Guterres mit ihren Inhalten bekannt (sämtliche Dokumente vgl. Vorbemerkung der Fragesteller)?

Der Bundesregierung sind genannte Schriftstücke bekannt.

2. Wen hat die Bundesregierung zu ihrem eigenen Verständnis und zu ihrer Auseinandersetzung mit Klimafachveröffentlichungen, die die Hypothese vom gefährlichen menschengemachten Klimawandel ablehnen oder den menschlichen Beitrag als weniger entscheidend einstufen, für ihre Entscheidungsfindung konsultiert?

Die Bundesregierung gründet ihre Position zum Klimawandel auf dem überwältigenden, weltweiten naturwissenschaftlichen Konsens, dass die anthropogenen Treibhausgas-Emissionen die Hauptursache für den aktuell beobachtbaren Klimawandel sind. Dieser Konsens wird durch die Berichte des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderung (IPCC) dokumentiert, wonach der menschliche Einfluss „äußerst wahrscheinlich“ (d. h. zu 95 bis 100 Prozent sicher) die Hauptursache der beobachteten Erwärmung seit Mitte des 20. Jahrhunderts war. Die Berichte des IPCC beruhen auf tausenden von Veröffentlichungen aus aller Welt und zehntausenden von Gutachterkommentaren. Die Ausgewogenheit, Verlässlichkeit und Vollständigkeit seiner Aussagen wird durch detaillierte Verfahrensregeln mit einem mehrstufigen, transparenten Begutachtungsverfahren sowie weltweite Expertenbeteiligung gewährleistet.

Des Weiteren existieren unabhängige Metastudien, die den naturwissenschaftlichen Konsens zum menschengemachten Klimawandel belegen: James Powel analysierte im Jahr 2016 insgesamt 54 195 durch Fachkollegen und Fachkolleginnen geprüfte (peer reviewed) wissenschaftliche Artikel aus dem Zeitraum von 1991 bis 2015. Davon bejahen im Durchschnitt 99,94 Prozent den menschengemachten Klimawandel. Der Anteil der Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, welche die Hypothese vom menschengemachten Klimawandel ablehnen, ist daher als äußerst gering einzuschätzen (vgl. hierzu auch die Ant-

wort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der AfD auf Bundestagsdrucksache 19/12631).

Die Bundesregierung verfügt auch über zahlreiche eigene, wissenschaftlich unabhängig arbeitende Klima-Expertinnen und -Experten (aus Fachgebieten wie Klimatologie, Meteorologie, Ozeanographie, Physik, Geologie, Hydrologie, Geographie, Mathematik, Chemie, Biologie, Informatik etc.), die den internationalen wissenschaftlichen Sachstand zum Klimawandel erfassen und für die betroffenen Bundesministerien aufbereiten und bewerten. Neben diesen Expertinnen und Experten (zum Beispiel beim Deutschen Wetterdienst DWD oder dem Umweltbundesamt) werden auch die zahlreichen deutschen Klimaforscherinnen und -forscher, darunter einige der weltweit führenden, regelmäßig zur Beratung der Bundesregierung herangezogen. Dabei werden im Unterausschuss des Deutschen Bundestages unterschiedliche Perspektiven angehört; so wie die von Nir Shaviv, auf den auch im U.S. Senate Minority Report verwiesen wird (vgl. S. 97 f.). Er nahm zur Klimakonferenz der Vereinten Nationen im Jahr 2018 an einem öffentlichen Fachgespräch teil und hatte dabei Gelegenheit seine Zweifel am menschengemachten Klimawandel öffentlichkeitswirksam zu äußern (siehe [www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2018/kw48-pa-umwelt-klima-578906](http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2018/kw48-pa-umwelt-klima-578906)).

Auch mit der Position weiterer Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus den in Frage 1 verwiesenen Schriftstücke, haben sich der Bundesregierung zugehörige Behörden auseinandergesetzt. Beispielsweise wird in der Broschüre des Umweltbundesamts „Und sie erwärmt sich doch“ unter anderem die Position folgender Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen evaluiert und eingeordnet:

Sallie Baliunas, Robert Balling, John Christy, Ross McKittrick, Gerald Meehl, Patrick J. Michaels, Frederick Seitz, Willie Soon, Philip Stott, Fritz Vahrenholt (sowie Günter Ederer, Filmemacher und Publizist).

